



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. November 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 210 Postulat Roth David und Mit. über die Schliessung der Poststellen und die frühzeitige Einbindung der Gemeinden in den Prozess

Das Postulat P 210 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 88 zu 26 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

David Roth hält an seinem Postulat fest.

David Roth: Die Post hat vor zwei Wochen erklärt, wie sie mit den Poststellen vorgehen möchte. Nachdem sie je länger je mehr Mühe hat, bei den Gemeinden Poststellenschliessungen durchzusetzen, will sie nun den Kanton in die politische Verantwortung mit einbeziehen. Wir möchten nicht, dass der Regierungsrat im Kanton Luzern zum Poststellenschliesser wird. Indem die Post auf die Kantone zugeht, bietet sie uns die Möglichkeit, dass wir uns politisch einklinken und die Poststellenschliessung und den damit verbundenen Abbau von Service public verhindern können. Jede Gemeinde schliesst nur einmal eine Poststelle, nämlich dann, wenn sie in der Gemeinde selber schliesst. Der Regierungsrat aber kann mit seiner breiteren Übersicht auf die Post einwirken. Der Abbau von Service public ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger elementar, die viele Dienstleistungen nicht mehr beziehen können, sondern auch für das Gewerbe, welches auf Dienstleistungen wie Zahlungsverkehr oder Massenversände angewiesen ist; diese müssten bis zur nächsten Poststelle viel weiter fahren. Für einen Kanton wie Luzern ist es entscheidend, dass er einen flächendeckenden Service public hat. Die Poststellen sind zurzeit bei einem Kostendeckungsgrad von 93 Prozent, das ist sehr gut. Die Post hat aber ein Interesse daran, diesen möglichst tief anzusiedeln und macht das auch. Ich verstehe nicht genau, weshalb der Regierungsrat die teilweise Erheblicherklärung beantragt. In der Argumentation besteht ein gewisses Missverständnis, wie die Post ihr Vorgehen vorsieht. Es wird aktiv auf die Kantone zugegangen, und man möchte die Kantonsregierungen in die Pflicht nehmen. Ich fände es ein starkes Zeichen, wenn der Kantonsrat sagte, dass er keinen Abbau von Service public will und dieser Service für die Bevölkerung, aber auch für die Wirtschaft im Kanton Luzern weiterhin bestehen bleibt. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Guido Roos: Die Postversorgung erachten wir von der CVP als wichtigen Teil eines funktionierenden Service public. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Post den Auftrag hat, ihre Dienstleistungen wirtschaftlich zu betreiben, dass sich die Rahmenbedingungen der Post in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert haben – Stichworte: technologische Möglichkeiten, verändertes Kundenverhalten, Digitalisierung, E-Commerce usw. – und dass sich aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen auch der Stellenwert der physischen Poststellen verändert hat. Im Weiteren sind wir uns aber auch bewusst, dass die Bedürfnisse

von einem grossen Teil der Privatkunden mit den neuen Formen wie Postagenturen in der Regel gut erfüllt sind und dass in einzelnen Dörfern und Gemeinden die Postagenturen auch dazu beitragen, dass die sich dort befindenden Dorfläden funktionieren können. Aber es gibt auch komplexere Fragen und Bedürfnisse insbesondere von Unternehmen (Firmenkunden), Fragen und Bedürfnisse, die das Personal einer Postagentur nicht beantworten und nicht befriedigen kann. Das benötigt Kompetenz und eigenes Personal der Post, und das in einer angemessenen Distanz. Wir von der CVP möchten nicht, dass es im Kanton in fünf Jahren nur noch so wenige Poststellen gibt, dass sie an einer Hand abgezählt werden können. Wir möchten deshalb das Postulat erheblich erklären und somit den Regierungsrat damit beauftragen, sich dafür einzusetzen, dass in allen Regionen unseres Kantons zukünftig in angemessener Distanz für alle Kunden physische Poststellen mit eigenem Personal vorhanden sind. Deshalb bitten wir Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Markus Hess: Die GLP erwartet auch von den öffentlichen Betrieben Effizienz und Effektivität beim Erbringen ihrer Dienstleistungen. Auch sie geben Steuerfranken aus. Das heisst, es ist richtig, dass auch die Post moderne digitale Instrumente einsetzt und auf den einzelnen Kunden eingeht. Diese benutzen zunehmend auch den Postomat für den Zahlungsverkehr sowie Handy und Tablet fürs Briefeschreiben. Gerade heute hat die Postfinance eine App für Zahlungsverkehr auf dem Handy angekündigt. Auch da geht es vorwärts. Es gibt aber immer wieder Dörfer und Quartiere, welche in einer besonderen Situation sind, weil sie beispielsweise überdurchschnittlich ältere Bevölkerungsteile aufweisen oder abgelegen sind. Dort sollte verstärkt Rücksicht auf die Bevölkerung genommen werden. Auch sie bezahlen Steuern und haben ein Recht auf Service public. Fazit: Grundsätzlich sind Hauptverhandlungs- und Ansprechpartner mit der Post die Gemeinden. Es sollen aber Einzelfalllösungen möglich sein und im Gespräch Lösungen gesucht werden, wo der Kanton auch punktuell Einfluss nehmen und den Gemeinden gegenüber dem Riesen Post helfen soll. Wir unterstützen die teilweise Erheblicherklärung.

Monique Frey: Die Post beginnt nicht erst jetzt mit der Restrukturierung. Während der letzten 15 Jahre wurden fast 2000 Poststellen geschlossen, heute bestehen noch knapp 1500 Poststellen. Nun sollen innerhalb kürzester Zeit nochmals 500 verschwinden. Es ist nicht so, dass sie nur in Randregionen verschwinden, sondern beispielsweise auch in Emmen-Dorf, einem Gemeindeteil in Emmen; diese Poststelle kann mit jeder kleineren Gemeinde im Entlebuch aus Sicht der Anzahl Dienste, welche über die Post abgewickelt werden, längstens mithalten. Die Post muss auf die Art und Weise, wie heute kommuniziert und verschickt wird, reagieren; allerdings hat sie ja auch sehr gute Dienstleistungen wie beispielsweise Postfinance, die wahrscheinlich keinen knappen Selbstkostenbeitrag haben. Man weiss aber auch, dass die Paketpost sehr gut rentiert. Ich finde es sehr wichtig, dass sich der Kanton Luzern aktiv in diese ganze Diskussion, wie Postdienstleistungen zukünftig angeboten werden sollen, einmischt und nicht erst dann aktiv wird, wenn es der Prozess vorschlägt, denn dann ist es meistens schon zu spät und das Gesamtsystem beschlossen. Wichtig ist auch, dass es bei der Post nicht nur die Postagenturen, sondern auch den Briefversand durch die Postboten betrifft. Die Postboten müssen unter immensem Zeitdruck die Post verteilen, immer wieder neue Routen fahren, und je nachdem wo man wohnt, wird die Post erst nachmittags zugestellt. Das ist für mich keine Dienstleistung mehr, wie ich sie von einem Service public erwarte. Es ist wirklich an der Zeit, dass in diesen Bereichen, wo die Post Dienstleistungen anbietet für uns in Luzern, sich auch der Kanton intensiv damit beschäftigt, und zwar nicht erst auf Anfrage der Post, sondern so, dass der Regierungsrat aktiv auf die Post zugeht. Deshalb werden wir das Postulat erheblich erklären.

Irene Keller: Lassen Sie für einen kurzen Moment eine postgeschädigte ehemalige Gemeindevertreterin zu Wort kommen. Ich spreche hier nicht darüber, ob es richtig oder falsch ist, Poststellen zu schliessen. Es ist mir glasklar, dass sich unser gesellschaftliches Handeln in Sachen Postdienstleistungen wirklich total verändert hat. Die Post musste sich und muss sich noch bewegen. In welche Richtung sie sich bewegen will, ist der Entscheid der Post. Mir geht es in meinem Votum um die Antwort des Regierungsrates, die an und für sich auch richtig ist, aber wieder einmal die These beweist, dass sie halt eben von der

Realität weit entfernt sein kann und dass das Papier alles annimmt. Sie schreiben in der Antwort: „Der frühzeitige Einbezug der Gemeinden ist somit bereits heute gewährleistet.“ und am Schluss „Die Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen, liegt dabei in erster Linie bei den Gemeinden.“ Nun meine Postschädigung: Die Gemeinden wehren sich auf der ganzen Linie. Die erwähnten Gespräche werden geführt. Ich habe aber selber erlebt, dass diese Gespräche eine reine Farce sind. Man kann als Gemeinde mehrmals mit der Post für Gespräche zusammenkommen, man kann Vorschläge machen, Abwägungen ins Feld führen, Tourismus und Gewerbe beiziehen und sogar mit einer Petition mit Hunderten von Unterschriften zur charmanten Postministerin Doris Leuthard nach Bern pilgern und dann auch noch alle zentralschweizerischen Bundesparlamentarier aufs Feld bringen. Das alles ist verlorene Liebesmühe, man beisst auf Gotthardgranit. Bei den Gesprächen mit der Post stellt man bereits nach fünf Minuten fest, dass das Resultat dieser Gespräche, wie lange sie sind und wie oft sie geführt werden, im Voraus gegeben ist. Auch Poststellen wie zum Beispiel Vitznau, die nach einem Rückgang seit Jahren wieder steigende Umsätze verweisen, haben keine Chance für zum Beispiel eine Zwischenlösung, das heisst drei Jahre warten, um zu klären, ob die Steigerung anhaltend ist. Wenn dann eine Postagentur beschlossen ist, sind auch keine Abweichungen vom Konstrukt möglich, also zum Beispiel ein differenziertes, dem Tourismus angepasstes Angebot. Es ist einfach vorgegeben. Trotz meiner Worte werden bis 2020 weitere 600 Poststellen geschlossen werden. Die Post wird weiterhin ihre Spartenrechnung führen und sich damit selber abschaffen. Die Gemeinden werden sich wehren, die Gespräche werden geführt, die Resultate stehen im Voraus fest. Ob die FDP das Postulat teilweise oder vollständig erheblich erklärt, überlasse ich jedem selbst.

Marcel Omlin: Dass die Post reagieren muss, ist klar, aber es kommt auf die Art und Weise an. Man kann nicht einfach von Bern kommen und sagen: so läuft's. Wenn der Kanton hier nicht den Lead übernimmt, dann spielt die Post die eine Gemeinde gegen die andere aus. Die Post ist eine Bundesstelle, also spricht sie primär mit der nächstuntergeordneten Stelle. Das ist in diesem Fall der Kanton. Direkt mit den Gemeinden zu kommunizieren, ist staatspolitisch falsch. Aber mit dem Druck und dieser Masse versucht es die Post. Über die Qualität der Post muss ich nichts sagen. In Rothenburg haben wir zum Glück noch eine Poststelle, wir sind eine grössere Gemeinde mit Industrie. Aber kleinere Gemeinden auf der Landschaft sind sehr gefährdet, dass sie ihre Poststellen verlieren. Ich mache beliebt, das Postulat vollumfänglich erheblich zu erklären.

David Roth: Ich möchte kurz auf das Votum von Markus Hess zurückkommen. Die Post geschäftet nicht mit Steuergeldern. Die Post liefert jedes Jahr 2 Millionen Franken Gewinn an den Bund ab. Es ist wichtig, dass der Kanton den Lead übernimmt, dass nicht die Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden. Ich hoffe, dass dies mit einer vollständigen Erheblicherklärung erreicht werden kann.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich stehe wieder vor einer Herkulesaufgabe. Ich verstehe die Diskussion. Die Grundlagen liegen beim Bund. Der Bundesrat hat Durchschnittswerte festgelegt, die für 90 Prozent der ständigen Bevölkerung eine Erreichbarkeit von Poststellen und -agenturen innert 20 Minuten festlegt. Wahrscheinlich ist es schon so, dass man das so wahrnimmt, dass bereits alles geregelt ist, wenn die Post auf eine Gemeinde zukommt. Aber der Prozess ist klar geregelt, und die Post hält sich auch daran. Dass die Gemeinden vor vollendete Tatsachen gestellt werden, ist eine Wahrnehmungssache. Die Gemeinden werden angehört mit dem klaren Ziel, eine einvernehmliche Lösung zu suchen und auf die regionalen Gegebenheiten zu achten und diese zu berücksichtigen. Dass da natürlich unterschiedliche Sichtweisen zwischen Post und Gemeinden bestehen, kann ich wirklich nachvollziehen. Es ist auch so, dass sich der Gemeinderat in diesem Moment auch für seine Bevölkerung wehrt und eine Aufgabe wahrzunehmen hat und die Post eben auch bezüglich der Wirtschaftlichkeit. Ich sehe die Gefahr nicht gegeben, wie im Postulat formuliert, dass sich zwei Staatsebenen gegeneinander ausspielen und eine ungleiche Meinung gegenüber der Post transportieren. Der Regierungsrat wird mit Bestimmtheit nicht zum Poststellenschliesser dieses Kantons. Etwas erstaunt bin ich von der Aufgabenteilung. Man erwartet jetzt vom

Kanton, den Lead zu übernehmen. Es ist definiert: Post und Gemeinden. Wenn es dann um einen Hilferuf geht, ist der Kanton wieder gut genug, in diese Aufgabenteilung einzugreifen. Die Gemeindeautonomie spricht man dann wieder nicht an. Fakt ist, die Frequenzen von persönlichen Besuchen auf den Poststellen gehen zurück. Fragen Sie sich selber, wann Sie das letzte Mal auf einer Poststelle waren. Es geht jetzt um Alternativen. Die Postagenturen funktionieren eigentlich gut, wir haben im Kanton Luzern deren 30. Grossmehrwheitlich ist man sehr zufrieden, und dies auch in Gemeinden, die sich bei der Kommission Poststellen, die eine zusätzliche Beurteilung macht, gewehrt haben. Es gibt viele Beispiele, dass keine Gemeinde untergeht, wenn sie die Post verliert. Weshalb wir das Postulat teilweise erheblich erklären, hat einen einfachen Grund: Der frühere Einbezug der Gemeinden ist gesetzlich verankert, der scheint mir gesichert. In diesem Teil sehen wir uns nicht in der Lage, den Lead zu übernehmen. Wir möchten aber gemäss Medienmitteilung der Post den Weg weiterverfolgen, was sich die Post unter dem Einbezug des Kantons vorstellt. Bisher treffe ich mich jährlich mit der Post, der Austausch ist gut. Diesen Weg zu beschreiten, die Erwartungen des Kantons abzustecken und dann mit den Gemeinden gleichzuschalten, das ist der Teil, welchen wir erheblich erklären. Der Regierungsrat wird sich für einen angemessenen Service public einsetzen, darauf können Sie sich verlassen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates auf teilweise Erheblicherklärung zu folgen, um nicht die Rolle der Gemeinden zu schwächen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 70 zu 40 Stimmen erheblich.